

im ganzen Hause ist der Fahrstuhlführer, der nun für zwei Monate Ruhe hat. Schon ist es durchgedrungen, daß in allen Parteien bei der Aufstellung der Kandidatenlisten eine starke Verzögerung eintritt, und so mancher, der hier seit langem, langem im Sitzungssaal den angestammten Platz hatte, wird schon aus diesem Grunde nicht wiederkehren. Bei den Deutschnationalen hat eine überaus sympatische Persönlichkeit auf die Kandidatur verzichtet, so sehr man sie ihm auch aufdrängen wollte, das ist der General v. Gailwitz. Er hatte seinen Feind im Reichstag. Auch der besährte Herold vom Zentrum soll, wie es heißt, nicht mehr kandidieren, und ein anderer wird an seiner Stelle die erste Sitzung des neuen Reichstages eröffnen. So manche andere Persönlichkeit wird aber einziehen, z. B. der General Leguis, der im Dezember 1918 die Kavallerie-Schützen-Division nach oder, wenn man will, gegen Berlin führte. Ein anderer, hier oft gesehener Mann wird wiederkommen, Hugo Stinnes.

Nun wird es im Reichstagsgebäude öde und leer, während draußen der Wahlkampf tobt und erbitterte Schlachten geschlagen werden. Im Reichstag werden sich die Schenkerfrauen auslösen und Gesichte gegen den Staub liefern. Es ist wirklich höchste Zeit, daß der Reichstag ausgemottet wird. Das meinen wir natürlich nur bildlich. Noch weiß freilich niemand, wie das Unbestimmteste, was es gibt, nämlich die Volksmeinung, sich entscheiden wird. Und zwischen dem Tag der Auflösung und dem Tag der Wahl werden so schwerwiegende Entscheidungen über Deutschlands Schicksal gefällt werden, daß jenes unbestimmte Ding noch unübersehbarer wird, daß noch ungewisser als sonst jede Voraussage wird über die Art, wie diese öffentliche Meinung auf jene Entscheidung antworten wird.

Reichstag aber, scheiden tut weh, und man hat bei diesem Scheiden nur den einen Wunsch, daß der neue Reichstag sich immer der fürchtbaren Verantwortung bewußt ist, besser bewußt ist als manchmal der vergangene Reichstag es war, daß auf ihm die Gestaltung des deutschen Schicksals lastet.

### Reichstagsstimmungsbild.

Drei Fragen waren es, die einen jeden Deutschen in den letzten Tagen interessierten und in gewisser Spannung hielten: Wird der Reichstag aufgelöst, löst er sich selbst auf oder wird er bis zu seinem verfassungsmäßigen Ende die Stimme des Volkes sein. Die heutige Sitzung des Reichstages brachte die Entscheidung. Ueber die in den Wandelgängen sich bildenden Gruppen debattierender Volksworte lastete ein spannenber Drud. Möglichkeiten und Unmöglichkeiten fanden vielfache Erwähnung. Besonders wurde stark die Gefahr erörtert, daß unübersehene Schwierigkeiten die Vorlage des Goldbilantbankgesetzes in eine Gefahrzone getrieben würde. Unter diesen Zeichen gespannter Erwartungen begann die letzte Sitzung des Reichstages, an die die Pessimisten noch immer nicht glauben wollten. Der Präsident eröffnete geschäftsmäßig 12.30 Uhr die Sitzung und hob die zweite Lesung des Gesetzes über die Deutsche Goldbilantbank auf die Tagesordnung. Der Ausschuß hatte lediglich die Streichung des Amnestieparagrafen vorgenommen, für dessen Beibehaltung sich aber Wirtschaftsminister Damm einsetzte. Dr. Helfferich sah eine Gefahr darin, daß der Bank die Befugnis zur Ausgabe von Banknoten erteilt werden soll. Das Gesetz ging jedoch ohne weitere Schwierigkeiten durch und fand die Zustimmung der Parteien. Nur die Deutschnationalen schlossen sich aus. Eine kurze Ansprache entwidelte sich über den Antrag der Mittelparteien und der Sozialdemokraten, den Mitgliedern des Reichstages die Freifahrtkarten bis zum Tage nach der Wahl zuzugestehen und den Mitgliedern der verfassungsmäßigen Ausschüsse, und zwar dem Auswärtigen Ausschuß und dem Ueberwachungsausschuß, die Vitäten weiter zu zahlen. Der Antrag fand Annahme. Inzwischen war der Reichskanzler Marx im Saale mit einer grünen Mappe unterm Arme, nicht mit der gewohnten „roten“, erschienen. Der Reichskanzler erhielt dann logisch das Wort zu einer Ansprache, in der er zum Ausdruck brachte, daß die Notverordnungen ein einheitliches Ganzes darstellen und daß die Regierung es im

Interesse der Sicherung der auf dem besten Wege zur Besserung befindlichen innerdeutschen Verhältnisse nicht zulassen könne, über Abänderungsanträge der Opposition sowie Einzelberatungen zuzulassen. Die Reichsregierung habe sich daher veranlaßt gesehen, die entsprechenden Schritte beim Reichspräsidenten zu unternehmen und die Auflösung des Reichstages durch den Reichspräsidenten zu beschleunigen. Der Reichspräsident habe daher auf Grund der Vorstellungen der Reichsregierung die Verordnung zur Auflösung des Reichstages erlassen. Damit war also der Reichstag aufgelöst und das erlösende Wort gefallen. Die große Mehrheit des Hauses nahm die Worte des Kanzlers mit lautem Beifall auf. Der Zentrumsabgeordnete Fehrenbach richtete noch einige Worte des Dankes an den Reichstagspräsidenten, dem er den Dank des Hauses für seine unparteiische und gerechte Geschäftsführung aussprach. Präsident Loh selbst hielt dann die Schlußansprache. Mit warmempfundenen Worten gab er einen Ueberblick über die derzeitige politische Lage und gab der Hoffnung auf eine glücklichere Zukunft des deutschen Volkes Ausdruck. Er schloß mit einem Hoch auf das deutsche Volk und die deutsche Republik, in das alle Parteien mit Ausnahme der äußersten Rechten einstimmten.

### Sächsischer Landtag.

Dresden, 13. März 1924.

Präsident Winkler teilt mit, daß ein Sprauschuß eingeleitet worden sei. (Dravo-Rufe.) Dieser Ausschuß hätte vielleicht schon wegen der heutigen Tagesordnung in Tätigkeit treten können, wenn er in der Lage gewesen wäre, eine Sitzung abzuhalten. Dem Ausschuß gehören an die Abg. Jäger, Anders, Siwert, Schirch, Dr. Seyfert und Winkler. — Abg. Böttcher (Kom.) wünscht, daß der Aufgabenkreis dieses Ausschusses begrenzt werde.

Sodann erfolgt die Wahl von Beisitzern und Stellvertretern in die Gemeindefammer. Der Präsident verliest die vorgeschlagene Liste, die einstimmig Annahme findet.

Zur Beratung steht sodann der Antrag Dr. Kofner (Dem.) und Genossen wegen Einführung der Sommerzeit. Abg. Dr. Kofner (Dem.) begründet den Antrag und beantragt, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung auf die Einführung der Sommerzeit hinzuwirken. — Abg. Lippe (DVP.) unterstützt den Antrag. — Abg. Schreiber (Dn.) widerspricht dem Antrag. Dieser wird hierauf mit den Stimmen der Deutschnationalen, Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Die Beschwerte des Sächsischen Militärvereinsbundes in Dresden gegen die Verordnung des Ministeriums des Innern vom 13. Oktober 1922 betr. die Entziehung aller Rechte wird auf sich beruhen gelassen. — Ein Antrag des Abg. Hofmann und Genossen wegen Erteilung von Waffenscheinen wird nach Erweiterung eines Regierungsvertreters, der eine Erweiterung des Waffenbesitzrechts als nicht nötig bezeichnet, abgelehnt. — Weiter liegt vor ein Antrag des Abg. Orellmann und Genossen auf Aufhebung der Verordnung, betr. das Verbot des Waffenführens der Militärvereine und des Abgebens von Ehrensalven bei Begräbnissen. — Abg. Orellmann (Dn.) tritt für Aufhebung des Verbotes ein. Nicht einmal die Entente-Kommission habe den Militärvereinen das Führen ihrer alten Waffen verboten. Das sei Herrn Lipinski vorbehalten geblieben. — Ein Ministerialrat erklärt, das Ministerium sei bereit, den Militärvereinen die Ausübung ihres alten Brauchs wieder zu gewähren. Dagegen könne sich das Ministerium nicht dazu entschließen, den Kriegervereinen eine Sonderstellung in Bezug auf die Führung von Waffen einzuräumen. — Abg. Lippe (DVP.) unterstützt die Wünsche des Sächsischen Militärvereinsbundes. — Abg. Dr. Dehne (Dem.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zum Antrag Orellmann. — Abg. Böttcher (Kom.) droht: Wenn die Regierung den Unternehmern Waffen in die Hand gebe, dann dürste sie sich nicht wundern, wenn sich die Arbeiter in den Betrieben gleichfalls bewaffneten. — Der Antrag wird an den Rechtsausschuß verwiesen.

Abg. Börner (Dn.) begründet den Antrag seiner Fraktion, das erlassene Verbot der Deutschnationalen Freiheitspartei und der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei für Sachsen sofort wieder aufzuheben. Es sei unverständlich, daß diese beiden Par-

teien noch verboten seien, während die Kommunistische Partei wieder erlaubt sei. Und doch hätte es im eigenen Interesse des Staates gelegen, lieber das Verbot der Kommunistischen Partei aufrecht zu erhalten. Die Deutschnationalen Freiheitspartei erstrebe rein deutsche Ziele.

Abg. Hellisch (Soz.): Seine Partei behalte sich ihre Entschlieung zur Ausschuhberatung vor. Das Verbot der Kommunistischen Partei sei eine polizeiliche Maßnahme, die anderen Verbote seien erfolgt von der verfassungsmäßig zustande gekommenen Regierung, und zwar zum Schutze der Republik, nachdem einige der besten deutschen Männer durch rechtsstehende Verbrecher umgebracht worden seien. (Lebhafte Widerspruch.) Er persönlich sei gegen eine Aufhebung des Verbots der Freiheitspartei. — Minister des Innern Müller: Parteiverbote seien an sich unsinnig, wenn es sich um Parteien handle, die sich im Rahmen der Verfassung und Gesetzes bewegen. Ob die beiden hier in Frage kommenden Parteien dazu gehörten, darüber werde im Ausschuß Aufschluß gegeben werden. — Abg. Böttcher (Kom.) meint, der Minister sei um den Kern der Frage herumgegangen wie die Katze um den heißen Brei. Die beiden verbotenen Parteien existierten heute noch unter anderen Namen. — Der Antrag geht an den Rechtsausschuß.

Gemeinsam verhandelt wird sodann über mehrere Anträge und Anfragen, die sich mit Reichswehr- und Polizeiangelenheiten befassen. — Abg. Beutler (Dn.) beantragt, diese Punkte von der Tagesordnung abzulehnen, denn sie beschäftigten sich in der Hauptsache mit der Reichswehr. Der Landtag habe aber einen Ausschuß eingeleitet zur Untersuchung der Vorgänge, die mit der Reichswehr zusammenhängen. Sollte aber trotzdem heute die Beratung dieser Punkte erfolgen, so würde sich keine Fraktion nicht beteiligen. — Abg. Siwert und Böttcher widersprechen dem Ablehnungsantrage. — Das Haus beschließt gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien entgegen dem Antrage Beutler in die Beratung einzutreten. — Abg. Böttcher (Kom.) begründet hierauf den Antrag seiner Partei auf Auflösung der Hilfspolizei und verlangt von der Regierung Auskunft über die Stärke der Hilfspolizei, ferner darüber, wer die überplanmäßigen Kräfte bezahle, denn im Etat seien keine Mittel dafür eingestellt, und endlich über die verantwortliche Leitung der Hilfspolizeistellen. In der Hilfspolizei würden Heldtugende gegen die Kommunistische Partei gezüchtet. Sachsen habe die rationellste Hilfspolizei in Deutschland. (Redner spricht vor fast leerem Hause, es sind zeitweise nur 8-9 Abgeordnete im Saale.) — Abg. Liebmann (Soz.) begründet die sozialdemokratischen Anträge. Er meint, gegen den Reichskommissar Dr. Heine müßte wegen Hochverrats vorgegangen werden. Des weiteren kritisiert er Maßnahmen des Reichswehrkommandeurs in Sachsen, der ebenfalls auf die Anklagebank gehöre. Die Polizei müsse zu Werkzeugen der Republik gemacht werden. Den Kommunisten lagt er, sie seien an den gegenwärtigen Zuständen schuld. (Zuruf: Wir haben den General Müller nicht gerufen!) Nein, aber Ihr habt so große Dummheiten gemacht, daß die andern ihn geholt haben. — Abg. Renner (Kom.) wendet sich gegen die Vorwürfe des Redners gegen seine Partei. (Der Redner spricht vor 5 Abgeordneten und befragt sich darüber, worauf ein Tribünenbesucher herabruft: Schade um das Geiß!) Abg. Renner: Recht hast du, aber es ist noch nicht so weit, daß wir die Bude zumachen können. (Zuruf von der Tribüne: Quasselbude!) — Minister des Innern Müller: Er sei nicht in der Lage, auf alle Fragen eingehende Antwort zu geben, denn sie beträfen in der Hauptsache Dinge, die hinter uns liegen. Besonders werde er nicht alles das beantworten, was der Abg. Renner wissen wolle, denn es handle sich um untergeordnete Dinge, die nicht vor das Parlament gehörten. Offiziell sei die Regierung vom Ausschusse noch nicht um Vorlegung des Materials ersucht worden. Wenn aber der Landtag auf Vorlegung der zugesagten Denkschrift bestehen sollte, dann werde er den Wunsch erfüllen, obwohl diese Denkschrift dem Lande mindestens eine Million kosten würde, eine Ausgabe, die jetzt kaum zu verantworten sei. Von der Polizei verlange er, daß sie sich als Instrument der Gesamtheit des Staates fühle und allen Kreisen der Bevölkerung beim Wiederaufbau der Wirtschaft diene. Er denke zurzeit nicht daran, dem Landtage den Vorschlag der Auflösung der Hilfspolizei zu machen. Aber in dem Maße, in dem sich die extremen Parteien bemühen,

## Wissenschaft · Kunst · Literatur

### Frühlingsblick.

Von Hans Ostwald.

Vorsichtig tastete er die Treppe hinunter, Stufe für Stufe, Absah für Absah. Nach jeder Treppe rubte er sich erst aus. Er hatte nicht gedacht, daß ihn die Krankheit so mitnehmen würde. Es war ihm nicht möglich, Stufe um Stufe hinabzusteigen. Wie ein kleines Kind mußte er erst das zweite Bein nachziehen, ehe er den Fuß auf die folgende Treppenstufe setzen konnte. Manchmal war es ihm, als rutsche die Treppe unter ihm fort. Zitternd hielt er sich am Geländer fest. Endlich war er auf der Straße. Das Leben und Treiben belaubte ihn fast. Das Rollen und Rattern der Geschäftswagen, das Lärmen der Kinder drauste ihm in den Ohren. Schlüpfend ging er über den Straßendam, auf dem ganze Schwärme von Kindern spielen. Bälle warfen sie einander zu, mit Steinen schmetterten sie kleine von einem größeren, Reifen sprangen sie, griffen und haßten einander — und was Kinder noch alles auf dem Großstadtplaste spielen können, um sich auszutoben in dem schmalen Sonnenstreifen, den der Schatten der hohen Häuser in den Straßen wenige Stunden freiläßt.

Dem Genesenden schwindelte in dem wirren Durcheinander, zwischen dem gefunden, überdollen Leben, das ihn umlarmte. Und doch war es ihm, als wenn sich das Leben ihm mitteilte, als ob es ihn erwärme und kräftige.

Da rief ihn der Kutscher eines Wagens an. Er bemühte sich, rasch auf den Bürgersteig zu kommen. Aber die Beine versagten ihm den Dienst. Nur ganz langsam schleppte er sich vorwärts. Der Kutscher rief und stuchte und zoppelte das Pferd zurück, aber das Rad streifte den Genesenden trotzdem noch.

Kalter Schweiß lief ihm über das Gesicht. Er hörte nur dumpf das Gewetze des Kutschers: „So'n großer Mensch könne sich doch vorsehen!“

Zitternd stand er an der Bordsteiwelle. Diese Robeit! Weiter konnte er nichts denken. Der Kopf war ihm immer noch von der Krankheit benommen.

Als er wieder zur Besinnung kam, ging er geradeaus die Straße hinunter. Einige vorübergehende Arbeiterfrauen riefen

sich zu: „Solche Unvernünftigkeit! Das ist nun ein Erwachsener! Was darf man dann von Kindern verlangen?“

Ein heißer Groll gegen sie stieg in ihm auf. Aus ihren verarbeiteten Gesichtern und Gestalten schien ihm nur Neid und Mißgunst zu blicken. In diesem Augenblicke haßte er sie mit jener übermäßigen Empfindung eines Kranken.

„Nicht doch, der ist ja nicht gesund!“ sagte da eine leisere, milde Stimme.

Die Frauen schwiegen und sahen ihn an. Etwas neugierig, doch mitfühlend, mit mütterlich zarten Blicken.

Das verwirrte ihn. Fast kindlich drohend erwiderte er ihre Blicke. Er brachte kein Mittel.

An der Ecke konnte er nicht weiter. Der Bürgersteig wurde mit frischem Teer belegt. Den Weg versperrten zuschauende Kinder. Die vorübergehenden Damen und Herren bahnten ihm keinen Weg durch den dichten Schwarm. Der scharfe Qualm, der aus dem Kessel hervordröhte, reizte ihn zum Husten. Seine Knie wankten.

Da sah einer von den Arbeitern auf, die den Teer über die Steine strichen. Mit polterndem Ton fuhr er die Kinder an — der Genesende konnte darüber: die Kinder waren erschreckt fortgelassen. Der Arbeiter lachte.

Der Genesende lachte auch. Er sah abwechselnd den Arbeiter an und die Straße hinunter, wo sich das frische Frühlingsgewölz wie grüne Fäden über die grauen, Mauern spannte.

Er kam sich vor, wie in einem Traum. Die Menschen waren viel, viel liebevoller, als er gedacht hatte.

### Der gebildete Inder.

Vom englischen Indertum hat man in der Dichtung mehr als genug gehört, aber ein Bild von dem Leben in den höheren Klassen der Eingeborenen konnte man sich bisher nicht machen. Es ist eine Aufgabe, die ein Augenstehender, mag er noch so sehr mit der brahminischen Weltanschauung vertraut sein, nicht unternehmen kann; ein gewöhnlicher Eingeborener hätte mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen, wozu dann noch die Schwierigkeit der Uebersetzung käme. Mit seinem neuen Prosawerk „Gora“ hat Rabindranath Tagore alle Hemmungen überwunden und die Uebersetzung in die englische Sprache gleich selbst besorgt. Dieses Buch enthält neben dem spannenden Roman den so ermittelten umfassenden Ueberblick über die sozialen Fragen Indiens und das Leben der Hindu. Die Geschichte der Hauptpersonen — von Gora und seinen Freunden

und Feinden — wird in Verbindung gebracht mit den großen Bewegungen der Kasten und Religionen. Vor allem wird das Problem der Pflichten beleuchtet, die der gebildete Inder sich selbst und der Welt schuldet im Vergleich zu seinen Pflichten einer beschränkten Gesellschaft gegenüber. Gora ist ein streng orthodoxer junger Kanatiker, — erinnert an Gandhi — die strengste Beobachtung aller Riten versteht, weil er ihnen das wesentliche Moment zur Erhaltung der Rasse zu erblicken glaubt. Ihm in persönlicher enger Freundschaft verbunden ist eine Gruppe junger Leute, darunter Binoy, die freiere Ansichten vertreten. Ihre Freundschaft wird zu einem tragischen Konflikt, als Binoy sich in eine schöne Frau brahminischer Herkunft verliebt, die westliche Erziehung genossen hat. Die Darstellung beider Charaktere ist eindringlich und anziehend, und das Ganze erhält einen Ton von Erhabenheit, als Gora das Geheimnis seiner Herkunft erfährt. Was die übermäßige Weisheit seines Körpers vermuten ließ, stellt sich als richtig heraus. Gora ist der Sohn weiser im indischen Aufstand niedergelegter Eltern. Mit dieser Entdeckung fällt der ganze Bau der Grundsätze des jungen Kanatikers zusammen.

### Ein Zwillingsleben.

Das Lebensschicksal eines englischen Zwillingsbrüderpaares, von dem kürzlich englische Zeitungen berichteten, dürfte in der Tat einzig dastehen und erscheine unglaubhaft, wenn nicht auch die Namen und Bilder der Brüder veröffentlicht wären. Sie wurden 1851 geboren, begannen mit 12 Jahren im gleichen Beruf, sie sind seit 34 Jahren bei derselben Firma tätig gewesen und heirateten am gleichen Tage. Leider stand für diesen Zweck kein gleichwertiges Zwillingsbrüderpaar zur Verfügung. Dafür taten die beiderseitigen Frauen in ihrem besonderen Pflichtentzwei das ihrige hinsichtlich der abzurufen Parallelität der Lebensumstände ihrer Männer: sie schenkten ihnen je 10 Kinder und zwar die eine dem einen sieben Töchter und drei Söhne, die andre dem anderen sieben Söhne und drei Töchter. Beide Brüder waren 57 Jahre lang Kirchenlänger, bis sie zur selben Zeit die Stimme verloren, beide waren an der gleichen Sonntagsschule tätig. Sie wohnen Tür an Tür, trennen sich auch nach getaner Arbeit nicht, sondern gehen zusammen kneipen und bummeln — soweit es die Jahre erlauben. Und — die Guten! — sie erinnern sich nicht, daß in den 70 Jahren ihrer Gemeinschaft einer dem andern jemals lästig gewesen sei, dessen im Gegenteil noch auf möglichst viele Jahre gleicher Gemeinamkeit. Possentlich hat bereits Gewatter Pein so viel gesehen, sie auch zusammen auf die letzte Reise zu schicken.